

KONJUNKTURREPORT

26. Jg., Ausgabe 3, September 2026

Konjunktur in Österreich tritt auf der Stelle

Die **Weltwirtschaft** hat sich in den vergangenen Monaten als widerstandsfähig gegenüber den geo- und handelspolitischen Belastungen erwiesen. Negative Auswirkungen des Iran-Kriegs blieben weitgehend auf die Golfregion begrenzt. Der **Welthandel** war im zweiten Quartal um 0,4 % höher als im ersten Quartal, und im gesamten ersten Halbjahr war er um 3,6 % höher als im zweiten Halbjahr 2025. Die Ausfuhren des Euroraums erholten sich im zweiten Quartal. Kräftig bleiben die Exporte vieler Länder in Asien. Die Exporte Chinas schwächten sich im Quartalsvergleich ab, aber im Vorjahresvergleich stiegen sie noch immer um mehr als 15 %.

Auf Basis von CPB-Daten stieg die globale **Industrieproduktion** im ersten Halbjahr um 0,6 % gegenüber dem zweiten Halbjahr 2025. Deutliche Anstiege verzeichnete sie in China, Japan und anderen asiatischen Volkswirtschaften, aber auch im Euroraum konnte die Industrieproduktion im ersten Halbjahr zulegen. Infolge des Iran-Kriegs stiegen die Energiepreise kräftig. Nachdem es im Juni nach der Unterzeichnung eines Rahmenabkommens zwischen den USA und dem Iran eine deutliche Entspannung bei den Öl- und Gaspreisen gegeben hatte, zogen sie im Juli und August infolge neuer militärischer Angriffe und der erneuten Blockade der Straße von Hormus wieder an. Ende August kostete ein Barrel Rohöl der Sorte Brent mit rund 89 US-Dollar etwa 25 % mehr als Ende Februar vor Beginn des Iran-Kriegs. Der europäische Gaspreis TTF war mit rund 70 Euro je MWh sogar mehr als doppelt so hoch wie vor Kriegsbeginn. Auf der Verbraucherstufe betrug die **Inflation** in der Gruppe der OECD-Länder im Juni 4,2 %. Im Juli belief sie sich in den USA auf 3,4 %, im Euroraum im August laut Schnellschätzung auf 3,3 %. Die Europäische Zentralbank hat auf die gestiegene Inflation im Juni mit einer Leitzinserhöhung um 25 Basispunkte reagiert, sodass der Einlagesatz nun 2,25 % beträgt. Im September dürfte eine weitere Zinserhöhung folgen. Dagegen belief die US-Notenbank trotz des hohen Preisauftriebs im Juli die Zielspanne für ihre Leitzinsen bei 3,5 % bis 3,75 %.

In den **USA** stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,4 % (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal), nach 0,5 % im ersten

Quartal. Der private Konsum und die Investitionen wurden kräftig ausgeweitet. In **China** ging das Wachstum von 1,3 % auf 0,9 % zurück. Die Abschwächung betraf die Industrie und die Dienstleistungen. Die Anlageinvestitionen sanken deutlich und die Immobilienmarktkrise setzte sich fort. Die Exporte blieben die wesentliche Konjunkturstütze. In der **EU27** stieg einer Schnellschätzung zufolge das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal um 0,5 %, nach 0,1 % im ersten Quartal, im **Euroraum** nahm es um 0,4 % zu, nach einer Stagnation im ersten Quartal. Ohne Irland, wo die BIP-Daten äußerst volatil sind, war das Wachstum im Euroraum im zweiten Quartal mit 0,3 % ähnlich hoch wie im Vorquartal. Die Exporte und die Investitionen dürften die Konjunktur getragen haben, während der private Konsum wegen der hohen Inflation schwach blieb.

In **Österreich** ist nach aktuellem Datenstand im zweiten Quartal das saisonbereinigte BIP um 0,1 % gesunken, nach einem Anstieg um 0,1 % im ersten Quartal. Ausgeweitet wurden der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen, während Staatskonsum, Bauinvestitionen, Exporte und Importe sanken. Die Wertschöpfung stieg in der Industrie, während sie in der Bauwirtschaft leicht sank. In den Dienstleistungsbereichen stieg die Wertschöpfung, mit Ausnahme des Handels und der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Für die **Bundesländer** liegen aktuell Produktionsdaten bis Mai, für Österreich insgesamt bis Juni 2026 vor. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate stieg die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 5,0 %, während sie in ganz Österreich um 0,6 % sank. Im Hochbau sank die Produktion in Kärnten um 1,6 % und in ganz Österreich um 3,6 %. Im Tiefbau stieg die Produktion in Kärnten im Zeitraum Jänner bis Mai um 4,3 %, in Österreich insgesamt stagnierte sie. Vor allem aufgrund der langen Trockenheit brach die Energieerzeugung in Kärnten im Vorjahresvergleich um 21,4 % ein. In Österreich insgesamt betrug der Rückgang 1,6 %.

Die Konjunkturerholung dürfte angesichts der geopolitischen Spannungen, der hohen Inflation, der Zinserhöhungen und der handelspolitischen Unsicherheit fragil bleiben. Damit dürfte die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Die Lage der öffentlichen Haushalte bleibt angespannt.

Klaus Weyerstraß

Das Energietrilemma erreicht Österreich

1977 wandte sich Präsident Jimmy Carter an die Amerikaner, während hinter ihm das Thermostat im Weißen Haus heruntergedreht war. Energie sei endlich, sagte er, Versorgungssicherheit müsse man sich verdienen. Er prägte den Begriff „energy transition“, um damit den Aufbau einer sicheren heimischen Energiebasis zu beschreiben. Dieser Begriff hatte nichts mit Umwelt zu tun, sondern mit dem, was passiert, wenn eine fremde Macht die Kontrolle über die Energieversorgung hat. „Energiewende“ ist im heutigen Deutsch jedoch fast untrennbar mit dem ökologischen Umstieg auf erneuerbare Energien verknüpft, die Bedeutung, von der sich Carters Begriff abgrenzt. Diese Doppeldeutigkeit lässt sich im Deutschen kaum auflösen, ist aber der einzig gängige Begriff für „energy transition“.

Auf globaler Ebene zeigt sich, dass der Krieg im Iran nicht notwendigerweise die Energiewende (im Sinne von Übergang zu erneuerbarer Energie) befördert. Drei Viertel der Weltbevölkerung leben in Ländern, die Nettoimporteure von fossiler Energie sind. Diese Länder haben einen starken Anreiz, ihre Abhängigkeit von volatilen globalen Energiemärkten zu reduzieren und auf im Inland verfügbare Energie umzusteigen. Für die meisten bedeutet das mehr Erneuerbare, für andere möglicherweise mehr fossile Energie.

In Europa klettert der Gaspreis wieder auf Rekordniveau und notiert aktuell bereits über dem Höchststand zu Beginn des Iran-Kriegs. Der Grund dafür liegt am Persischen Golf: Beschädigte Infrastruktur und die blockierte Straße von Hormus haben Europas Speicher vor dem Winter lediglich unterdurchschnittlich gefüllt. Es ist nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 und der Eskalation am Golf seit 2025 eine weitere Lektion innerhalb von vier Jahren: Energie ist zuerst eine Frage der Versorgungssicherheit und erst danach eine des Preises und der Umwelt (des Klimas).

Dieser Zusammenhang wird durch das Energietrilemma beschrieben: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit (Wettbewerbsfähigkeit) und Umwelt können nicht gleichzeitig maximiert werden, weil es Konflikte zwischen diesen wirtschaftspolitischen Zielen gibt. Zwei Jahrzehnte lang tat Europa so, als sei diese Aufgabe erledigt. Klimapolitik war Priorität, Versorgungssicherheit lediglich eine Randnotiz, weil billiges Pipelinegas und eine stabile Weltordnung als selbstverständlich betrachtet wurden. Diese Rechnung ist jedoch nicht aufgegangen. Wenn Regierungen unter Druck geraten, manifestiert sich eine Verschiebung politischer Prioritäten, und das ist derzeit so gut wie überall auf der Welt Versorgungssicherheit, gefolgt von der Bezahlbarkeit von Energie für Industrie und Haushalte. Klimaschutz bleibt

ein Ziel, verliert aber an Priorität, sobald er mit den anderen Zielen kollidiert.

Das lässt sich auch im EU-Recht nachverfolgen. Der Green Deal, mit dem die EU zum ersten klimaneutralen Kontinent werden möchte, wird derzeit zwar nicht gänzlich zurückgenommen, aber in mehreren Bereichen abgeschwächt. Der Hauptgrund dafür ist der politische Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit. Der Rückbau vollzieht sich aber nicht als offener Bruch, sondern als Reihe von „Vereinfachungen“: Seit Februar 2025 hat Brüssel mit einer ganzen Serie von sogenannten Omnibus-Paketen Berichtspflichten, Lieferkettenregeln und Umweltauflagen entschärft. Die Lieferkettenrichtlinie, die vor allem für kritische Rohstoffe für erneuerbare Energie relevant ist, wurde um ein Jahr verschoben und verkleinert, bei der Nachhaltigkeitsberichtspflicht muss künftig nur noch rund ein Fünftel der ursprünglich erfassten Unternehmen berichten. Beim Klimaziel für 2040 einigte man sich zwar auf minus 90 % gegenüber 1990, allerdings gespickt mit Schlupflöchern, die eine Mogelpackung genannt werden dürfen: Bis zu fünf Prozentpunkte dürfen ab 2036 über Zertifikate aus Drittstaaten erkaufte werden, und das Zwischenziel für 2035 wurde deutlich aufgeweicht. Beim Klimazoll CBAM wurde die Belastung für kleine Importeure reduziert. In Brüssel heißt es offiziell, der Green Deal werde nicht demontiert, nur an neue Realitäten angepasst. Am Ziel für 2050 ändert das nichts, am Weg dorthin jedoch fast alles.

Für Österreich lautet die Lehre aus den vergangenen Krisen die Energiewende nicht gegen die Versorgungssicherheit auszuspielen. Sie besteht darin, die Wende so zu betreiben, dass sie der Energiesicherheit möglichst nicht in die Quere kommt. Mehr heimische Erzeugung, mehr Netze und mehr Flexibilität stellen keinen Luxus dar, sondern Infrastruktur für eine zunehmend unsichere Welt. Vor allem im Bereich der Netze gilt: Internationale Interdependenz reduziert einseitige Abhängigkeit.

Wer den europäischen Rückzug vom Green Deal deshalb als Entlastung Österreichs versteht, verwechselt weniger Regulierung mit mehr Handlungsspielraum. Nach dem Ende des russischen Pipelinegases, welches Österreich die höchste Abhängigkeit in der EU nach Ungarn und der Slowakei einbrachte, wäre es eine riskante Wette, darauf zu setzen, dass der nächste Schock noch lange auf sich warten lässt.

Die Herausforderung besteht somit darin, dass Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz nur dann gleichzeitig erreicht und das Trilemma damit aufgelöst werden können, wenn heute in eine Infrastruktur investiert wird, die morgen in der Lage ist, diese drei Ziele miteinander zu verbinden.

Norbert Wohlgemuth

Technologische Zukunft gestalten: Warum Kärnten mehr braucht als einzelne Schlüsseltechnologien

Der wirtschaftliche Erfolg von Regionen entscheidet sich längst nicht mehr an einzelnen Erfindungen oder technologischen Durchbrüchen. Entscheidend ist, ob neue Technologien breit in Unternehmen, öffentlichen Institutionen und im Arbeitsalltag verankert werden. Wo Produktivitätsgewinne genutzt, industrielle Prozesse modernisiert und innovative Geschäftsmodelle entwickelt werden, entstehen nachhaltige Wertschöpfung, gute Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität.

Gerade für Kärnten ist diese Frage von zentraler Bedeutung. Als Industriestandort mit starker Exportorientierung, einer leistungsfähigen Forschungslandschaft und international erfolgreichen Technologieunternehmen steht das Bundesland vor der Herausforderung, die digitale und ökologische Transformation aktiv mitzugestalten. Entscheidend ist dabei nicht der Erfolg einzelner Betriebe, sondern der Aufbau und die Vernetzung ganzer technologischer Ökosysteme im nationalen und europäischen Kontext.

Die Zukunftstechnologien spielen auch für Kärnten eine immer größere Rolle. Dies zeigt auch die von der Bundesregierung vorgestellte „Industriestrategie Österreich 2035“. Die darin angeführten Technologien prägen bereits heute wesentliche Bereiche der Kärntner Wirtschaft sowie die Forschung und Ausbildung. Mit seiner Mikroelektronik, innovativen Industrieunternehmen und Forschungsinstitutionen verfügt Kärnten in mehreren Zukunftsfeldern über wichtige Kompetenzen. Internationale Erfahrungen zeigen jedoch, dass einzelne Stärken allein nicht ausreichen. Langfristige Wettbewerbsfähigkeit erfordert das Zusammenspiel einer gesamten Wertschöpfungskette: sichere und bezahlbare Energieversorgung, leistungsfähige digitale Netze, moderne Produktionsstandorte, Forschung und Entwicklung, qualifizierte Fachkräfte sowie Daten- und Recheninfrastruktur. Technologische Souveränität entsteht durch das Zusammenwirken vieler Akteure.

Gerade in Kärnten wird sichtbar, wie eng diese Bereiche zusammenhängen. Die Ansiedlung technologieintensiver Unternehmen scheitert ohne ausreichend zur Verfügung stehender Fachkräfte, Fortschritte bei Künstlicher Intelligenz bleiben ohne Rechenkapazitäten begrenzt, und neue Produktionsverfahren benötigen eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Deshalb braucht es neben einzelnen Leuchtturmprojekten einen regionalen Technologieverbund, der Forschung, Produktion, Qualifizierung und Infrastruktur verbindet.

Technologiepolitik ist zugleich Arbeitsmarktpolitik. Für Kärnten stellt sich die Frage, wie Innovationen höherwertige Beschäftigung schaffen, sichern und neue Entwicklungsperspektiven für Arbeitnehmer:innen eröffnen können. Digitalisierung und Automatisierung führen nicht automatisch zu Wohlstand für alle. Entscheidend ist, ob die Produktivitätsgewinne in Form von besseren Arbeitsbedingungen, höheren und umfassenderen Qualifikationen und langfristig sicheren Arbeitsplätzen wirksam werden.

Forschungsergebnisse müssen rascher in die Anwendung gelangen, kleine und mittlere Unternehmen besseren Zugang zu neuen Technologien erhalten und Beschäftigte gezielt auf die Anforderungen der digitalen und ökologischen Transformation vorbereitet werden.

Die Transformation wird nur erfolgreich sein, wenn Beschäftigte aktiv eingebunden werden. Weiterbildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen mit starkem Praxis- und Anwendungsbezug müssen deshalb zentrale Bestandteile moderner Technologiepolitik sein. Regionen mit einer starken industriellen Basis können besonders profitieren, wenn technologische Erneuerung und soziale Absicherung gemeinsam gedacht werden.

Für Kärnten ist die Verfügbarkeit von bezahlbarer Energie eine strategische Zukunftsfrage. Rechenzentren, automatisierte Produktionsanlagen oder Halbleiterfertigungen benötigen große Mengen an Strom und eine zuverlässige Netzinfrastruktur. Die Energiewende ist daher nicht nur klimapolitisch, sondern auch industriepolitisch von entscheidender Bedeutung. Investitionen in erneuerbare Energie, Speichertechnologien und intelligente Netze stärken die Attraktivität des Standorts. Kärnten ist dabei bereits österreichweiter Spitzenreiter mit einem Anteil von rund 60 Prozent erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergiebedarf. Leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind ebenso unverzichtbar, damit Daten schnell, sicher und zuverlässig verarbeitet werden können.

Für die Zukunft des Standorts sind besonders vier Schwerpunkte wichtig:

- Technologische Wertschöpfung im Land halten: Kärnten soll jene Bereiche stärken, in denen bereits besondere Kompetenzen bestehen, etwa Mikroelektronik, Industrieautomatisierung, Energietechnologien und digitale Anwendungen.
- Fachkräfte sichern und Qualifizierung ausbauen: Investitionen in Bildung, Aus- und Weiterbildung sind die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg neuer Technologien. Auch Innovationen im Bildungssystem müssen dabei mitgedacht werden.
- Innovation sozial gestalten: Technologischer Fortschritt muss den Menschen zugutekommen, gute Arbeit schaffen und den

gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Besonders dort, wo technologische Lösungen auf konkrete gesellschaftliche Herausforderungen treffen, entstehen große Chancen, etwa im Pflegebereich durch digitale Dokumentation, bessere Kommunikation, Entlastung des Personals und neue Dienstleistungen.

- **Leistbare Energie und moderne Infrastruktur schaffen:** Wettbewerbsfähige Energiepreise, leistungsfähige Netze und digitale Infrastruktur sind Grundvoraussetzungen für die Weiterentwicklung innovativer Unternehmen.

Die Stärke Kärntens liegt in der Verbindung von wirtschaftlicher Kompetenz, sozialer Stabilität, Forschung und regionaler Verankerung. Die technologische Transformation bietet die Chance, Wertschöpfung, Beschäftigung und Lebensqualität sowie Produktivität langfristig zu sichern. Hier sind wir in Kärnten noch nicht am Ziel angelangt, es braucht dazu strategische Vorgaben und operative Umsetzungskraft mehrerer Stakeholder, damit die gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes weiter wächst.

Jürgen Kopeinig

Ing. Mag. Jürgen Kopeinig MBA ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Steuerpolitik der Arbeiterkammer Kärnten

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Makroökonomische Indikatoren
2026

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%) [*]	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbilanz (% BIP)
USA	2,1	3,2	4,1	-3,5	-6,5
China	4,7	1,0	5,2	3,2	-5,4
Japan	0,8	1,7	2,5	4,0	-1,8
Großbr.	1,1	3,2	4,9	-3,6	-5,1
Kanada	0,9	2,5	6,4	-0,3	-2,0
Euroraum	0,8	2,8	6,3	2,3	-3,4
Österr.	0,7	3,0	5,7	1,1	-4,1
Frankr.	0,7	2,3	8,2	-0,4	-5,3
Deutschl.	0,9	2,7	3,9	4,5	-4,2
Italien	0,8	2,6	5,7	0,8	-3,0
Spanien	2,6	3,3	10,1	2,4	-2,5
Schweiz	1,6	0,5	3,1	7,7	0,2
Schweden	2,1	1,9	7,8	4,8	-2,0
Dänemark	3,3	2,0	3,1	12,1	1,3

^{*}aktuellster verfügbarer Monatswert

Quelle: The Economist; 29. August 2026
eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse Universitätsstraße 65-67
9020 Klagenfurt
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 3.9.2026

Haushalte mit Internetzugang und IKT-Fachkräfte
2023 und 2025, in %

	Haushalte mit Internetzugang ¹		IKT-Fachkräfte ²	
	2023	2025	2023	2025
Burgenland	93,7	96,4	4,1	4,8
Kärnten	93,0	89,4	3,9	3,9
Niederösterreich	95,9	94,9	5,3	5,0
Oberösterreich	94,5	94,9	5,2	5,1
Salzburg	95,9	94,0	4,8	4,8
Steiermark	92,7	94,7	4,9	5,2
Tirol	95,6	96,3	3,4	4,4
Vorarlberg	95,0	96,8	3,6	4,9
Wien	96,2	98,0	7,8	8,1
Österreich	95,0	95,4	5,3	5,5

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

Unternehmen mit Durchführung von Data Analytics und Unternehmen mit Nutzung von Technologien basierend auf künstlicher Intelligenz
2023 und 2025, in %

	Data Analytics ³		KI ⁴	
	2023	2025	2023	2025
Burgenland	13,5	28,6	3,0	18,3
Kärnten	22,5	19,0	8,2	23,6
Niederösterreich	20,2	18,1	8,0	21,8
Oberösterreich	24,3	27,8	10,9	32,9
Salzburg	25,3	29,8	12,3	31,5
Steiermark	19,4	21,3	8,7	25,6
Tirol	25,1	29,7	8,1	30,3
Vorarlberg	24,5	30,0	12,2	36,4
Wien	29,9	32,3	16,1	37,4
Österreich	23,9	26,3	10,8	29,9

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

¹ Anteil von Haushalten mit Haushaltsmitgliedern im Alter von 16 bis 74 Jahren mit Internetzugang (in %).

² Anteil von Personen, die als IKT-Fachkräfte beschäftigt sind (in %). Als IKT-Fachkräfte zählen Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren nach ILO Konzept, die IKT-Systeme entwickeln, betreiben und warten und für die IKT den Hauptteil ihrer Arbeit ausmachen.

³ Unternehmen mit Durchführung von Data Analytics, welches den Gebrauch von Methoden, Algorithmen oder Software zur Analyse

von Daten umfasst, um Muster, Trends und Erkenntnisse abzuleiten oder Vorhersagen zu machen. In % aller Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten.

⁴ Unternehmen mit Nutzung von zumindest einer Technologie basierend auf künstlicher Intelligenz. In % aller Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten.